

# SOLIDARITÄT

Die ÖGB-Zeitschrift für die Arbeitswelt

## IN DIESEM HEFT:

→ *Checkliste zum Lehrstart*

→ *Schichtarbeit belastet*

→ *Fair: Gold*



## Werte schöpfen

Wie kann der Sozialstaat künftig finanziert werden?

Seite 4

**ÖGB**  
[www.oegb.at](http://www.oegb.at)



### REPORTAGE

Im Einsatz für das Badevergnügen von Jung und Alt.

Seiten 10–12



### RECHTSFALL

Entscheidung im Absamer Erntehelferskandal.

Seite 14



### SERVICE

Aktuelle Informationen aus dem Burgenland, Niederösterreich und Wien.

## KOMMENTAR

ÖGB-Präsident Erich Foglar über den  
EU-Austritt Großbritanniens ..... 3

## TOPSTORY

Wertschöpfungsabgabe ..... 4-7

## ARBEIT & POLITIK

Themen aus der Region ..... 9, 13

## REPORTAGE

Linzer Bad ..... 10-12

## RECHTSFALL

Absamer Erntehelferskandal ..... 15

## SERVICE

Themen aus der Region ..... 16, 18, 21

Buchtipp, Tipps für den Lehrstart ..... 17

Kochen ..... 20

## SERVICE/UNTERHALTUNG

Fair: Gold ..... 22

Rätsel mit Gewinnspiel, Cartoon ..... 23

## PORTRÄT

Elementarpädagoge ..... 24

## ADRESSÄNDERUNGEN

**Tel.: 01/534 44-39100**

**Montag–Donnerstag 8–16.30 Uhr,**

**Freitag 9–12 Uhr**

oder unter [service@oegb.at](mailto:service@oegb.at)



## Investition in Bildung



**GRUNDSÄTZLICH** ist es positiv, dass die Regierung sich auf eine Lösung bei der Bankenabgabe einigen konnte. Die Senkung auf 100 Millionen Euro ist sinnvoll, da die Situation für heimische Banken aufgrund der europäischen Bankenabgabe recht schwierig ist und man das Wachstum angesichts restriktiver Kreditvergaben nicht gefährden sollte. Dass die Abschlagszahlung der Banken von einer Milliarde Euro in die Zukunftsthemen Bildung und Forschung investiert werden soll, ist ebenfalls ein wichtiger und richtiger Schritt. Vor allem die 750 Millionen Euro für den Ausbau der Ganztagschulen sollten auch wirklich dem Zweck entsprechend eingesetzt werden. Der ÖGB drängt auch weiterhin auf den Ausbau von echten Ganztagschulen und nicht nur von Nachmittagsbetreuung.

## Reiche müssen Beitrag leisten



**WENN DIE** Bankenabgabe schon gesenkt wird, müssten zumindest die Vermögen zur stärkeren Finanzierung öffentlicher Haushalte herangezogen werden. Es waren vor allem die Reichen, die von der Bankenrettung und der damit verbundenen Sicherung ihrer Vermögen profitiert haben. Es wäre daher gerecht, wenn Vermögende nun ihren Anteil zu einer nachhaltigen Finanzierung des entstandenen Schadens und zur Überwindung der Krise leisten. Vermögenssteuern in ihrer ganzen Bandbreite müssen ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Es muss sichergestellt werden, dass der Sozialstaat seine Aufgaben weiterhin wahrnehmen kann und die Krisenlast nicht auf ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose oder sozial Schwächere abgewälzt wird.

## GUT GEBRÜLLT /// ~~UNS~~-ZUGEMÜLLT

*»Ich habe oft mit meiner Frau über diesen besonderen Tag gesprochen, wo man in der Früh als Bundespräsident aufsteht und den Tag als ehemaliger Bundespräsident beschließt.«*

Heinz Fischer



© photocase/basistografie

**Vom 8. Juli 2004** bis zum 8. Juli 2016 war Heinz Fischer der achte österreichische Bundespräsident der Zweiten Republik. In seiner Abschiedsrede hat er sich einmal mehr für Vernunft und Menschlichkeit ausgesprochen: „Unsere Flüchtlingspolitik muss durch Rationalität und Humanität geprägt sein. Wir sollten im Rahmen unserer Möglichkeiten nach besten Kräften dabei helfen, die Menschenwürde von

Flüchtlingen hochzuhalten und ihnen ohne Vorurteile zu begegnen.“ Heinz Fischer, selbst seit mehr als 50 Jahren Gewerkschaftsmitglied, hat seine Verbundenheit mit der Gewerkschaftsbewegung bei vielen Gelegenheiten demonstriert. Er wird sicher als einer der beliebtesten heimischen Politiker in die Geschichte eingehen. Die „Solidarität“ wünscht ihm für den neuen Lebensabschnitt alles Gute.

**ERICH FOGLAR**, ÖGB-Präsident, über den EU-Austritt Großbritanniens

## BREXIT: EIN DENKZETTEL FÜR DIE EU?



© Michael Mazohl

Der Austritt Großbritanniens aus der EU markiert einen Wendepunkt in der Geschichte: Was 1951 als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit sechs Gründungsstaaten begann, war in den letzten Jahrzehnten durch ständige Erweiterung und Stärkung von Beziehungen der Mitgliedstaaten gekennzeichnet. Jetzt hat sich erstmals ein Land für den Austritt aus der EU entschieden.

Im Vorfeld der Brexit-Abstimmung wiesen die Gewerkschaften des Vereinigten Königreiches auf die möglichen Gefahren eines EU-Austritts hin. Jetzt sind Millionen Jobs in Gefahr, die direkt an der Exportwirtschaft hängen – sowohl in Großbritannien selbst als auch in den EU-Mitgliedstaaten, die wirtschaftlich mit den BritInnen verbunden sind. Die Gewerkschaften befürchten zudem eine Aushöhlung von ArbeitnehmerInnenrechten. Natürlich ist Kritik an einer EU

berechtigt, in der neoliberale und wirtschaftspolitische Interessen stark im Vordergrund stehen. Für die Europäische Union und die verbleibenden sowie künftigen Mitgliedstaaten sollte der Brexit eine Warnung sein. Es zeigt sich, dass „more of the same“ unter dem Deckmantel der Integration und Vertiefung genau das Gegenteil bewirkt. Gerade das ungezügelt Ausnutzen der Personenfreizügigkeit für Lohn- und Sozialdumping war einer der Hauptgründe für viele

*»Wendepunkt in der Geschichte.«*

BritInnen, dieser EU den Rücken zu kehren. Wenn soziale Standards nicht endlich den gleichen Stellenwert erhalten wie die europäischen Marktfreiheiten und wenn EU-Politik weiterhin als Spielball nationaler und parteipolitischer Interessen erhalten muss, ist zu befürchten, dass noch weitere Staaten dem Beispiel des Vereinigten Königreiches folgen könnten.

## KURZ UND BÜNDIG



© 123rf.com

### DIENSTVERHINDERUNG WEGEN UNWETTER

**Wer aufgrund von Naturereignissen** wie heftigen Unwettern, Überflutungen und Murenabgängen nicht oder nicht pünktlich zur Arbeit kommen kann, braucht keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen zu fürchten. Es handelt sich dabei um einen Verhinderungsgrund, der das Fernbleiben rechtfertigt. Man muss aber alles Zumutbare unternehmen, um zur Arbeit zu kommen, und man muss den Arbeitgeber von der Verspätung bzw. der Verhinderung informieren. Das Gleiche gilt für den Fall, dass Kindergarten oder Schule wegen des Unwetters geschlossen bleiben. Mehr Informationen unter: [goo.gl/efpLNC](http://goo.gl/efpLNC)



© 123rf.com

### STAHLINDUSTRIE SCHÜTZEN

**Durch angestiegene** Billigimporte von Stahl aus China sind die europäische Stahlindustrie und die dort rund 330.000 Beschäftigten gefährdet. Um diese zu schützen, starteten daher die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp eine Unterschriftenaktion. Mehr Infos unter: [www.proge.at](http://www.proge.at)



### NEUE VIDA-WEBSITE

**Die Website** der Gewerkschaft vida präsentiert sich seit Juni in neuem Gewand: mit frischem Design, übersichtlicher Struktur, neuen Funktionen und Angeboten. Die neue Website wurde auch für Smartphones und Tablets entwickelt. Ein Blick lohnt sich jedenfalls: [www.vida.at](http://www.vida.at)



# Es wäre genug für alle da

Viele Namen – eine Idee: faire Chancen durch die Wertschöpfungsabgabe

Text: Alexa Jirez & Florian Kräftner // Bild: Fotolia.com/ arttim

## AUF EINEN BLICK

Wirtschaft und Industrie beharren darauf, dass das Glas zu schnell leer wird, weil wir zu viel ausgeben: Tatasache ist, dass unselbstständig Beschäftigte den größten Teil zum Volkseinkommen beitragen, während das Geld der Konzerne woanders hinfließt.

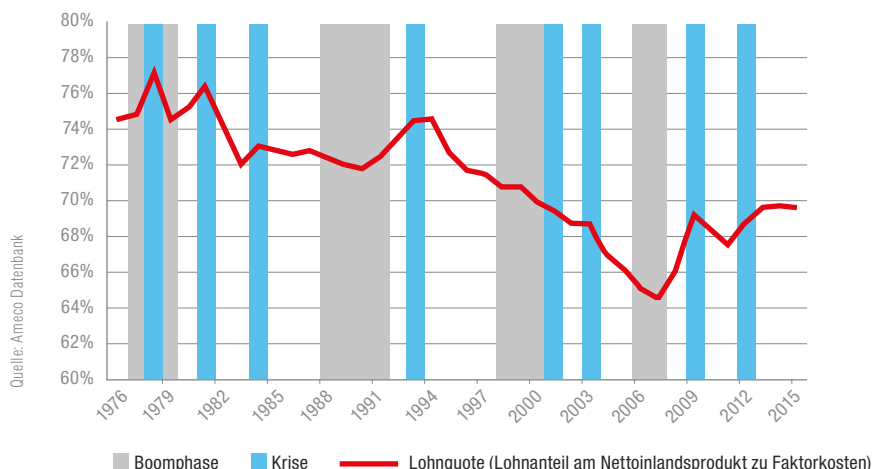
**D**igitalisierung und Automatisierung schreiten stetig voran. Abgesehen von den Auswirkungen auf die zukünftige Arbeitsplatzgestaltung ergibt sich daraus ein weiteres Problem – die Finanzierung des (dringend benötigten) Sozialstaates. Derzeit ist diese Finanzierung vor allem an die Entwicklung der Löhne und Gehälter gekoppelt und belastet hauptsächlich

den Faktor Arbeit. Diese überproportional hohe Belastung ist weder beschäftigungsfreundlich noch dazu angetan, die arbeitsplatzreduzierenden Auswirkungen der Digitalisierung abzufedern. Gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit trotz steigender Produktivität müssen neue Finanzierungsquellen erschlossen werden. Ob man diese Finanzierungsquellen jetzt Wertschöpfungsabgabe, Beschäftigungsbonus, Digitalisierungsdividende oder fälsch-

licherweise auch Maschinensteuer nennt – sie sind notwendig!

### **Wer trägt etwas bei?**

Die Wertschöpfungsabgabe soll einen Beitrag zur Finanzierung des Sozialsystems leisten. Die Ausgaben für den „sozialen Schutz“ (nach EU-Definition) machen in Österreich knapp unter 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Rund zwei Drittel dieser



**SEIT MITTE DER 1970ER** geht der Anteil der ArbeitnehmerInnenentgelte am Volkseinkommen zurück, d. h. die Lohnquote sinkt. Die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme (Arbeitslosigkeit, Alter, Gesundheit, Unfall) wird also von einem immer kleiner werdenden Anteil des Volkseinkommens finanziert.

Ausgaben werden aus Sozialversicherungsbeiträgen finanziert, das restliche Drittel aus allgemeinen Steuermitteln. Diese Finanzierungsanteile haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten kaum verändert. Deutlich verändert hat sich aber die Zusammensetzung der Steuereinnahmen des Staates. Ein immer größerer Teil der Steuereinnahmen entfällt auf die Lohnsteuer, während die Unternehmenssteuern zurückbleiben. Kapitalgesellschaften und Selbstständige tragen also verhältnismäßig immer weniger zur Staatsfinanzierung und damit auch zur Finanzierung der Sozialausgaben bei, während die ArbeitnehmerInnen dafür immer stärker belastet werden. Dieser Tendenz, die auf Kosten der ArbeitnehmerInnen geht, könnte durch die Wertschöpfungsabgabe entgegengewirkt werden.

## Sozialsystem der Zukunft

Würde man heute ein Sozialsystem, basierend auf den derzeitigen Wirtschaftsstrukturen, neu erfinden, würde wohl niemand mehr auf die Idee kommen, ausschließlich Löhne und Gehälter als Grundlage für die Fi-

nanzierung heranzuziehen. Der Gewerkschaftsbewegung geht es vor allem darum, dafür zu sorgen, dass die Gewinne, die sich auch aufgrund der Digitalisierung rasant erhöhen, nicht auf den Konten von Privatpersonen (oder in weiterer Folge in Steuersümpfen) landen. Dieses Geld fehlt nämlich der Allgemeinheit, es fehlt bei der Finanzierung von Bildung, des Gesundheits- und Sozialsystems sowie bei öffentlichen Investitionen. Eine Digitalisierungsdividende könnte hier einen wichtigen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit leisten.

## Gleiche Chancen für alle

Eine Umbasierung der Beitragsgrundlage für Abgaben kann nicht von heute auf morgen erfolgen. Insbesondere bei Abgaben, die keine erwerbsabhängigen Einkommensersatzleistungen erbringen, könnte man mit einer schrittweisen Umstellung beginnen, etwa bei Familienleistungen (FLAF), der Kommunalsteuer und dem Wohnbauförderungsbeitrag. Wie immer man dieses Thema angeht, man wird an der zentralen gesellschaftspolitischen Frage nicht vorbeikommen: Wollen wir eine

## DALLINGERS IDEE

Die Forderung nach einer neuen Form der Besteuerung ist nicht neu. Am 10. Bundeskongress des ÖGB 1983 zog der damalige **Sozialminister Alfred Dallinger** eine Änderung der Beitragsgrundlage der Dienstgeberabgaben zur Sozialversicherung in Erwägung.

1989 legte er einen Gesetzesentwurf zur Wertschöpfungsabgabe vor, die seither eine Reihe von Bezeichnungen erhielt, die ihr in den wenigsten Fällen gerecht werden.

Von „Maschinensteuer“ bis zur „Vertreibungssteuer“ reichen die Vorurteile, mit denen die Diskussion um eine gerechtere Steuerpolitik unterbunden wird.

gerechte Chancenverteilung für künftige Generationen sicherstellen oder wollen wir ein Gesellschaftssystem, in dem sehr wenige bevorzugt und die große Mehrheit benachteiligt wird? Wenn wir faire Bedingungen für alle wollen, dann wird das nur gehen, wenn wir die Zugewinne an Produktivität und Reichtum so verteilen, dass sie für eine bessere, gerechtere und lebenswerte Gesellschaft eingesetzt werden.

## STATISTIK

Das Potenzial für eine Wertschöpfungsabgabe zeigt das jährliche Wertschöpfungsbarometer der oberösterreichischen Arbeiterkammer auf. Laut dieser AK-Studie überstieg 2014 in den 934 untersuchten Unternehmen mit 400.062 Beschäftigten die durchschnittliche Pro-Kopf-Wertschöpfung mit 96.446 Euro den durchschnittlichen Pro-Kopf-Personalaufwand um 33.165 Euro, die Gewinnauszahlungen pro Beschäftigtem sind auf 14.551 Euro gewachsen. Den AK-Daten zufolge stiegen von 2000 bis 2014 die Gewinnauszahlungen um 77 Prozent, der Personalaufwand hingegen nur um 31 Prozent.





# Sozialsysteme neu finanzieren

Maschinensteuer? Wertschöpfungsabgabe? Verschiedene Begriffe schwirren durch die Medien. Die „Solidarität“ beantwortet die wichtigsten Fragen.

Warum ist eine

## WERTSCHÖPFUNGS- ABGABE NOTWENDIG?

Derzeit wird das Sozialsystem fast ausschließlich über den Faktor Arbeit finanziert. Entweder direkt, durch ArbeitnehmerInnen- und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) usw., oder indirekt, denn auch der größte Teil des Steueraufkommens kommt durch die Lohnsteuer herein. Würde man das Sozialsystem erst heute erfinden, würde man wohl kaum auf die Idee kommen, nur Beiträge aus Arbeit dafür zu verwenden.

Warum ist jetzt der

## RICHTIGE ZEITPUNKT FÜR EINE WERTSCHÖPFUNGS- ABGABE?

Immer mehr ArbeitnehmerInnen werden durch Maschinen, Roboter und Computer ersetzt. Die Arbeitslosigkeit steigt, immer mehr Menschen arbeiten Teilzeit oder in atypischer Beschäftigung. Der Anteil der Arbeitseinkommen sinkt, derjenige der Kapitaleinkommen steigt. Darauf ist das Sozialsystem nicht vorbereitet. Um es zu sichern, müssen wir die Finanzierung verbreitern und auch andere Komponenten als nur Löhne und Gehälter heranziehen.

## WELCHES MODELL WILL DER ÖGB?

Es geht jetzt nicht darum, auf einem konkreten Modell zu beharren. Wir müssen aber darüber nachdenken, wie wir das Sozialsystem finanzierbar halten können. Es darf nicht sein, dass durch die Digitalisierung die Gewinne steigen und auf den Konten der Eigentümer landen und gleichzeitig die Sozialbeiträge austrocknen. Wir denken über viele Varianten nach und werden uns in die politische Diskussion einbringen. Am Ende der Diskussion können dann auch konkrete Vorschläge stehen, so wie AK und ÖGB auch ein Modell für eine Steuerreform vorgelegt haben, das dann größtenteils von der Regierung umgesetzt wurde.

## DER FINANZMINISTER SAGT: KEINE NEUEN STEUERN.

Die Wertschöpfungsabgabe ist keine neue Steuer, sondern eine innovative, aufkommensneutrale Umschichtung von Abgaben. Es geht nicht darum, dass die Unternehmen mehr in den Sozialstaat einzahlen sollen – aber darum, dass ihr Beitrag in Zukunft nicht weiter sinkt, wenn sie wieder einmal Beschäftigte abbauen.

## WARUM SOLL DER FLAF DEN ANFANG MACHEN?

Dafür gibt es nicht nur einen Finanzierungsgrund, sondern auch einen Gerechtigkeitsgrund. Wenn eine Firma einen Angestellten hat, zahlt sie für ihn FLAF-Beiträge. Wenn sie ihn aber auf Werkvertragsbasis beschäftigt, zahlt sie derzeit gar nichts ein. Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld, das aus dem FLAF finanziert wird, hätten aber beide. Wäre nicht Lohn, sondern Wertschöpfung die Beitragsgrundlage, dann wären für beide Beiträge eingezahlt worden.

## IN WELCHEN LÄNDERN GIBT ES EINE WERTSCHÖPFUNGSABGABE?

Innerhalb der EU in Italien auf regionaler Ebene (IRAP) und in Frankreich mit der „Allgemeinen Sozialabgabe“. Sie finanziert Familien- und Pflegeleistungen.

## Sollen alle SOZIALBEITRÄGE AUF WERTSCHÖPFUNGSBASIS UMGESTELLT WERDEN?

Die Beiträge der ArbeitnehmerInnen durch eine Wertschöpfungsabgabe zu ersetzen wäre schwierig, weil davon ja auch konkrete Versicherungsleistungen abhängen (Pensionen, Arbeitslosengeld), deren Höhe vom Einkommen abhängt. Umgestellt könnten hingegen die Arbeitgeberbeiträge werden. Als erster Schritt könnten die Beiträge zum FLAF umgestellt werden.

## WER PROFITIERT, WER ZAHLT DRAUF?

Das kommt auf die konkrete Ausgestaltung an. Personalintensive Betriebe würden prinzipiell profitieren, zum Beispiel im Handel, im Tourismus und in der Industrie. Mehr Unternehmen, die mit sehr wenigen Beschäftigten sehr hohe Gewinne einfahren.

## KOLUMNE

### DER FALSCHER ZORN



Die Mindestsicherung sieht sich gerade mit einer beispiellosen Negativkampagne konfrontiert, so wie der Sozialstaat an sich. Gerne wird von der sozialen Hängematte fabuliert, über Sozialschmarotzer geschimpft, mehr Leistung eingemahnt und Landeshauptleute überschlagen sich mit Kürzungsideen – vorerst „nur“ für Flüchtlinge.

75 Milliarden werden jährlich für Soziales ausgegeben – gerade einmal 0,7 Prozent entfallen dabei auf die Mindestsicherung, anders ausgedrückt: ein 125stel. Und während Arm gegen Ärmere ausgespielt wird, können Reiche und Konzerne relativ ungestört ihre Gewinne maximieren und in Steuersümpfen bunkern. Die oberen fünf Prozent der Haushalte besitzen etwa gleich viel wie die unteren 90 Prozent (da sind die wirklich Reichen noch gar nicht mitgerechnet). Den EU-Staaten entgehen jährlich ca. 65 Milliarden an Einnahmen durch Steuern auf Kapitalerträge oder Erbschaften.

*»Die oberen fünf Prozent besitzen etwa gleich viel wie die unteren 90 Prozent.«*

Für viele Menschen sind diese Dimensionen kaum fassbar. Deswegen ist es manchmal leichter, wütend zu sein, wenn Flüchtlinge ein Smartphone besitzen oder einen Gratis-Schwimmkurs besuchen dürfen. Aber damit wird niemand gewinnen. Der Zorn muss sich dorthin richten, wo der wahre Schaden angerichtet wird: auf jene, die vom Gemeinwesen profitieren, aber ihre Milliarden verstecken und keinen fairen Beitrag dafür zahlen wollen.

Alexa Jirez, Chefredakteurin  
Ihre Meinung interessiert uns:  
[soli@oegb.at](mailto:soli@oegb.at)



# KEINE SORGE! GUT VERSICHERT.

**PAUL PECH EMPFIEHLT:**

Unsere Haushaltsversicherung Premium.

[f/wienerstaedtische](#)

**IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN**

**WIENER  
STÄDTISCHE**  
VIENNA INSURANCE GROUP







## ARBEITEN SIE IM BURGENLAND?

**Bin ich richtig angemeldet?** Welche Sonderzahlungen stehen mir zu? Solche und ähnliche Fragen haben MitarbeiterInnen des mehrsprachigen Beratungsprojekts des ÖGB Burgenland – kurz MIG – bei einer Reihe von Info-Aktionen an den Grenzübergängen beantwortet. „Für uns gilt ganz klar: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Aus der Erfahrung wissen wir, dass ausländische ArbeitnehmerInnen ihre Rechte einfordern, wenn sie sie kennen. Also geben wir ihnen die Informationen, die sie brauchen, in ihrer Muttersprache, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern“, erklärt



MIG-Projektleiter Bertold Dallos. Unterstützt wurden die Info-Aktionen von den Gewerkschaften.

## PFEIFFER HANDELT MORALISCH VERWERFLICH

Die Firma Pfeiffer eröffnet im Südburgenland mehrere Unimarkt-Filialen. Vor wenigen Monaten hat Pfeiffer Zielpunkt in den Konkurs geschickt und 2.500 Arbeitsplätze auf Kosten der Allgemeinheit vernichtet. Jetzt rühmt sich das Unternehmen, 45 Arbeitsplätze zu schaffen. Für die zuständige Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) Burgenland ist dies moralisch verwerflich. „Bei Unimarkt fangen die früheren Zielpunkt-MitarbeiterInnen jetzt völlig neu an. Wir werden die richtige Einstufung und die klar definierte Anrechnung der Vordienstzeiten ganz genau prüfen“, sagt der Regionalgeschäftsführer der GPA-djp, Michael Pieber.

### Lohndumping

## KONTROLLGIPFEL DER SOZIALPARTNER

Lohn- und Sozialdumping bringt den Arbeitsmarkt unter Druck und unterläuft den fairen Wettbewerb. Je koordinierter die Behörden und Stellen vorgehen, umso wirkungsvoller kann die Bekämpfung erfolgen. Daher luden Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und ÖGB Burgenland zu einem Kontrollgipfel mit dem Titel „Gegen Lohn- und Sozialdumping – für fairen Wettbewerb“. Gefordert wurden eine bessere Vernetzung der beteiligten Behörden und eine genauere Kontrolle nach den bestehenden Gesetzen. Dies erfordert jedoch ausreichend Personal. „Das Personal bei der Finanzpolizei muss deutlich aufgestockt werden. Wir brauchen eine funktionierende Struktur im Burgenland, die flächendeckende Kontrollen und auch Schwerpunktaktionen durchführen kann. Sonst ist das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping nichts weiter als ein zahloser Tiger im Kampf gegen die Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen und Wettbewerbsverzerrung bei den Unternehmen“, erklärte Wolfgang Jerusalem, ÖGB-Landesvorsitzender.

**KOMMENTAR** /// Wolfgang Jerusalem, ÖGB-Landesvorsitzender Burgenland

## NATÜRLICH WOLLEN MANCHE DEN ÖGB ABSCHAFFEN



Wir als ArbeitnehmervertreterInnen im Burgenland nehmen es als Kompliment, wenn uns PolitikerInnen – meist von ÖVP- und FPÖ-Seite – abschaffen wollen bzw. wenn sie behaupten, uns bräuchte man nicht mehr. Denn wir sind die, die für Gerechtigkeit sorgen, Missstände und Ausbeutung aufzeigen und jedes Jahr in harte Verhandlungen

treten, um Lohn- und Gehaltserhöhungen für die ArbeitnehmerInnen zu erreichen. Und meistens sind wir erfolgreich. Natürlich sind wir neoliberalen PolitikerInnen ein Dorn im Auge, denn ohne uns müssten sie keine Lohnerhöhungen oder Überstunden bezahlen und es gäbe wahrscheinlich auch kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld mehr. Es gäbe niemanden mehr, der die Rechte der Beschäftigten vor dem Arbeits- und Sozialgericht einklagen würde. Der raue Wind, der uns derzeit als Gewerkschaft entgegenweht, zeigt, dass wir mit unseren Forderungen

gen richtig liegen. Arbeitszeitverkürzung, eine sechste Urlaubswoche für alle und die effizientere Kontrolle von Lohn- und Sozialdumping am burgenländischen Arbeitsmarkt sind nur einige ÖGB-Forderungen, von denen die Wirtschaft keineswegs etwas hören will.

Wir werden jedenfalls weiterkämpfen und mehr als 40.000 BurgenländerInnen stärken uns dabei als Mitglieder den Rücken. Denn sie wissen, dass wir als ÖGB in Zeiten wie diesen immer wichtiger im Kampf für ihre Interessen werden.



# Auf der Sonnenseite

Text: Carmen Janko // Fotos: Volker Weibold

## GUTE NERVEN

braucht Kassafrau Andrea Tröls an heißen Tagen. Dann schleust sie 4.000 bis 5.000 Personen ins Bad.



Ich hab meine halbe Kindheit im Parkbad verbracht, aber ich hätte nie gedacht, dass ich einmal hier arbeiten werde“, sagt Andrea Tröls. Das freundliche Lächeln der Kassafrau ist das Erste, was die Badegäste sehen, wenn sie ins traditionsreiche Linzer Bad kommen. Seit 1900 wird hier öffentlich gebadet. Die gelernte Bürokauffrau arbeitet seit drei Jahren an der Kassa. Tröls kassiert das Eintrittsgeld, kontrolliert Ausweise und beantwortet dazwischen telefonische Anfragen. Man braucht gute Nerven, wenn an heißen Sommertagen eine lange Menschengruppe am Eingang wartet und der/die eine oder andere Sonnenhungrige die Geduld verliert. Das bestätigt Betriebsrätin Anita Winter: „Dann heißt es Ruhe bewahren.“ 41 fix Beschäftigten und zwölf Saisonkräften steht Winter mit Rat und Tat zur Seite.

## Unsichtbar, aber unverzichtbar

„Ich habe den schönsten Arbeitsplatz von Linz, ich sehe immer nur glückliche Menschen“, sagt Stefan Schuster. Der Techniker ist dafür verantwortlich, dass im größten Bad der Landeshauptstadt alles läuft. Er repariert Pumpen, behebt Stromausfälle, sorgt dafür, dass die Wasserqualität stimmt und die Gäste einen un-





**GUT AUFGELEGTE GÄSTE** und den Zusammenhalt unter den KollegInnen mag Techniker Stefan Schuster an seiner Arbeit. Wenn an heißen Tagen die Anlage streikt, arbeitet er unter Hochdruck.

**BADEWART PHILIPP PESENDORFER** ist froh, dass es in seinen neun Parkbad-Jahren noch keine Ertrinkungsoffer gab. Er setzt darauf, Gefahrensituationen schon im Vorhinein zu erkennen und Unfälle zu vermeiden.

getrübten Tag im Bad genießen können. 2.500 Kubikmeter Wasser fasst allein das 50 Meter lange Sportbecken. 35.000 Quadratmeter – das entspricht etwa fünf Fußballfeldern – misst die Außenanlage mit den fünf Pools. Das Reich des Technikers liegt allerdings versteckt unter der Sommeridylle an der Donaulände und bleibt den Augen der Badegäste verborgen: Die technischen Anlagen und Werkstätten, die sich unterirdisch wie ein Labyrinth durch das Areal ziehen, sind das eigentliche Herz des Linzer Parkbades. Oben, in der gleißenden Sonne, dreht währenddessen Philipp

Pesendorfer seine Runden. Den neunten Sommer verbringt er schon im Parkbad. Mit einem Auge hat der Bademeister immer die Becken im Visier, wenn er erzählt, dass er eigentlich Koch gelernt habe. Für den besseren Verdienst, die geregelten Arbeitszeiten und den Dienst an der frischen Luft hat er die Kochschürze an den Nagel gehängt und sorgt nun für die Sicherheit der Badegäste. „Natürlich sollen sich Kinder und Jugendliche austoben, aber eben mit Maß und Ziel“, meint Pesendorfer. Vor sich selbst schützen muss er so manchen unsicheren Schwimmer, der sich ins tiefe Wasser wagt, weil er sein Können falsch einschätzt.

**SEIT MEHR**  
als 200 Jahren wird an der Stelle des heutigen Parkbades gebadet. Zuerst in der Donau, seit 1930 gibt es auch ein Hallenbad.







**VON DER SAUNAMEISTER-KABINE** genießt Johannes Aistleitner die schöne Aussicht. Dass er bei Sauna-Events wie dem „Oktoberfest“ an Samstagen bis 24 Uhr arbeiten muss, stört ihn nicht. Er genießt die freien Tage unter der Woche.



**BETRIEBSRÄTIN ANITA WINTER** hat in ihren 24 Dienstjahren als Reinigungsfrau, Bürokraft und Kassierin gearbeitet und kennt das Bad wie ihre Westentasche. Den rund 50 KollegInnen hilft sie bei arbeitsrechtlichen Fragen und erklärt ihnen, wie die Dinge laufen.

Gespür für Menschen braucht Saunameister Johannes Aistleitner. Von vielen seiner Stammkunden kennt er die ganze Lebensgeschichte, weiß alles über Krankheiten und familiäre Ereignisse.

### **Neue Ideen sind gefragt**

Und manchmal muss er auch Streit schlichten, etwa wenn sich zwei Nacke-

deis um eine Liege streiten. Der passionierte Saunierer ist Herr über 2.500 Quadratmeter Saunalandschaft mit 15 Saunen, drei Terrassen und drei Whirlpools. Rund 40 Aufgüsse machen er und seine Kollegin jeden Tag und kommen dabei selbst gehörig ins Schwitzen. Gern lässt er sich immer wieder etwas Neues, wie Salz-, Fitness- oder Mentholaufgüsse, einfallen. „Mir gefällt die Ab-

wechslung. Man weiß nie, was der Tag bringt.“ Und wenn am Ende des Tages Ruhe im Bad einkehrt, staunt Badefrau Karin Bachmayr nicht schlecht, was die SonnenanbeterInnen so alles auf der Wiese „vergessen“ haben. Sie klaubt den Müll auf, findet verlorene Handys und Schmuck, Badetücher sowie Bikinis. Letztere werden übrigens bis zum Saisonende aufgehoben.



Von den Toilettenanlagen bis zur Tiefgarage: Badefrau Karin Bachmayr sorgt für Sauberkeit und ein angenehmes Ambiente im Bad.



**ZEIT FÜR EINEN** Espresso hat Gastro-Mitarbeiter Daniel Grosser an heißen Sommertagen nur selten: Pommes, Cola, Eistee und Soda Zitrone sind die absoluten Renner, stark im Kommen ist gespritzter Most.





## FLASHMOB IN DER SCS



© ÖGB NÖ

**Die Thermenregion** veranstaltete einen Flashmob zum Thema Mitgliederwerben in der SCS. Vor dem Kino im

Multiplex machten die AktivistInnen auf faire Lohnverhandlungen aufmerksam und klärten darüber auf, dass diese wie das Urlaubs- und Weihnachtsgeld von starken Gewerkschaften verhandelt werden. Mehr Mitglieder bedeuten stärkeres Auftreten gegenüber den Arbeitgebern und somit eine bessere Basis für Verhandlungen. Nach dem Flashmob wurden die Besucher der SCS über eine Mitgliedschaft beim ÖGB aufgeklärt.

## BETRIEBSRAT BEI FIRMA SCHUBERTH

**Eine besondere Freude** ist die neue Betriebsratskörperschaft der Firma Schubert, die trotz Widerstandes der Geschäftsleitung ins Leben gerufen wurde. Anlässlich der Gründung fanden sich zahlreiche MitarbeiterInnen im Gasthaus Gruber ein. Gewählt wurde ein gemeinsamer Betriebsrat (Angestellte und ArbeiterInnen) für die Standorte Melk und Wieselburg. Die neuen Betriebsratsvorsitzenden sind Alexandra Heher (Angestellte) und Jürgen Wieseneder (Arbeiter). Das Entstehen für die eigenen Rechte ist ein äußerst wichtiges Signal für die Regi-

on. Betriebsräte sind essenziell, wenn es um das Durchsetzen von Anliegen der Belegschaft geht, sie sind aber vor allem auch dann wichtig, wenn ein Unternehmen in Konkurs gehen sollte, nur dann kann es z. B. einen Sozialplan geben.



© ÖGB NÖ

## Wir gratulieren



### 100 JAHRE

Der Regionalvorsitzende der Gewerkschaft vida, Josef Gradwohl, und sein Kollege, der Bezirksvorsitzende Werner Offner, hatten die ehrenvolle Aufgabe, am 4. April 2016 Kollegin Melanie Dürmoser aus Mödling zum 100. Geburtstag zu gratulieren. Sie stellten sich mit einem Blumengruß und einer Urkunde sowie einem Geschenk der Gewerkschaft vida ein. Seit vielen Jahrzehnten hält Kollegin Dürmoser der Gewerkschaft die Treue, und sie weiß noch heute ganz genau, warum sie das tut. „Ich habe in meinem langen Leben viel erleben müssen. Heute kann ich sagen, dass ich den besseren Teil meines Lebens dem Einsatz der Gewerkschaft zu verdanken habe.“

**KOMMENTAR** /// Christian Farthofer, ÖGB-Landessekretär Niederösterreich

## GEMEINSAM STARK



© ÖGB NÖ

In den letzten Wochen und Monaten fanden in Niederösterreich zehn Regionalkonferenzen des ÖGB Niederösterreich statt. Jede von ihnen war ein Zeichen für Engagement und Gemeinsamkeit. Dafür stand auch das Motto „Gemeinsam stark – dabei sein macht stärker“. Es nahm damit auf die aktuelle Mitgliederwerbekampagne des ÖGB Bezug, aber es ging dabei um wesentlich mehr. Es geht

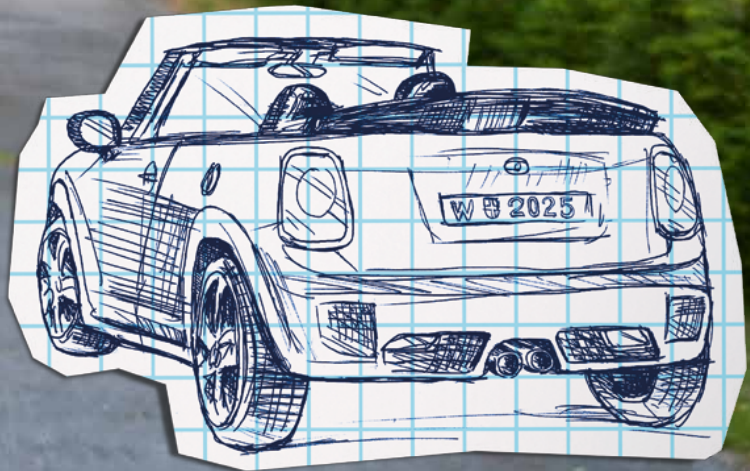
dabei um die Herausforderungen der kommenden Zeit, Stichwort Digitalisierung, die wir nur gemeinsam als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bewältigen können. Wir müssen dafür neue Antworten auf neue komplexe Fragen finden und dabei immer im Hinterkopf behalten, wofür wir das machen und für wen. Für mich geht es dabei immer um den Erhalt eines gesellschaftlichen Grundkonsenses, und dieser lautet für mich, dass wir als Gesellschaft aufeinander schauen, uns helfen, wenn dies notwendig wird. Darum wurden die sozialen Sicherungssysteme

wie Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung oder Pensionsversicherung geschaffen. Das sind echte Errungenschaften, die wir uns auf keinen Fall kleinreden lassen dürfen. Diese gilt es zu sichern, und das tut man, indem man ihre Finanzierung sichert.

Darum kann man eine Diskussion über eine Wertschöpfungsabgabe auch nicht verhindern oder verbieten, ganz im Gegenteil: Wer an seriöser Politik interessiert ist, muss sich diesen Diskussionen stellen. Wir werden es tun.



# HEUTE IHRE ERSTE EINZAHLUNG. SPÄTER SEIN ERSTES AUTO.



Laufzeiten-Mischfonds  
Laufzeit: 9 Jahre  
Aktienanteil: max. 50%  
Risikoklasse: mittel

**KONZEPT:  
ERTRAG**

**2025**

## Sie haben den Wunsch. Wir haben das Konzept.

So einfach kann anlegen sein: Wir tun alles dafür, dass Ihr Kapital bis zu Ihrem Wunschtermin bestmöglich veranlagt wird. Sie müssen nichts tun – außer sich auf 2025 zu freuen. Jetzt informieren und Wünsche erfüllen auf [www.konzept-ertrag.at](http://www.konzept-ertrag.at)

Mitten im Leben.

[www.bawagpsk.com](http://www.bawagpsk.com)



Warnhinweis gem. § 128 InvFG 2011 / Der Kapitalanlagefonds kann aufgrund der Portfoliozusammensetzung oder der verwendeten Managementtechniken eine erhöhte Volatilität aufweisen, d.h. die Anteilswerte sind auch innerhalb kurzer Zeiträume großen Schwankungen nach oben und nach unten ausgesetzt. Im Rahmen der Anlagestrategie kann hauptsächlich in Anteile an anderen Kapitalanlagefonds und/oder Sichteinlagen bzw. kündbare Einlagen investiert werden. Im Rahmen der Anlagestrategie kann überwiegend in Derivate investiert werden. Diese Aussage basiert auf einer Risikobetrachtung, bei der Derivate durch Umrechnung in den zugrundeliegenden Basiswert (Exposure) berücksichtigt werden. Die Fondsbestimmungen der oben beschriebenen Fonds wurden durch die FMA bewilligt. Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente, die von der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, dem Königreich Niederlande, dem Königreich Belgien begeben oder garantiert werden, dürfen zu mehr als 35% des Fondsvermögens erworben werden.

Marketingmitteilung iSd WAG 2007. Die Informationen stellen kein Angebot, keine Anlageberatung sowie keine Kauf- oder Verkaufsempfehlung dar und können ein individuelles Beratungsgespräch nicht ersetzen. **Performanceergebnisse der Vergangenheit lassen keine verlässlichen Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung eines Investmentfonds zu.** Die veröffentlichten Prospekte und die Kundeninformationsdokumente (Wesentliche Anlegerinformationen) stehen Ihnen in deutscher Sprache kostenlos bei der Verwaltungsgesellschaft, der BAWAG P.S.K. bzw. deren Filialen sowie unter [www.bawagpskfonds.at](http://www.bawagpskfonds.at) zur Verfügung. **Kostenhinweis:** Beim Kauf fällt der einmalige Ausgabeaufschlag in Höhe von bis zu 3,5% an. Darüber hinaus kommt es zu anderen ertragsmindernden Kosten wie individuellen Konto- und Depotgebühren.



# DER ABSAMER ERNTEHELFEFSKANDAL

Vergleichszahlungen für Betroffene erzielt – Kampagne soll nachhaltige Verbesserungen bringen.

von Amela Muratovic

**I**m September 2014 wurde die Tiroler Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) im Rahmen der MigrantInnen-Beratung auf die Erntehelfer, die massiv unterentlohnt wurden, aufmerksam. Die beiden Arbeiter mussten sieben Tage in der Woche arbeiten, haben landwirtschaftliche Einsätze, Waldarbeiten, Hilfstätigkeiten bei Bauführung und im Privathaus der Bauern, Ernteeinsätze, Küchen- und Kellnerdienste verrichtet. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug bis zu 83 Stunden. Dafür erhielten sie lediglich 660 Euro monatlich in bar. Urlaubs- und Weihnachtsgeld wurden nicht ausbezahlt, nur eine Sonderzahlung im Jahr 2014. Auch die Lohnzettel wurden ihnen vorenthalten.

## **Musterbeispiel**

Nun wurde eine Entscheidung in diesem Absamer Erntehelferskandal gefällt: Man einigte sich auf eine Vergleichszahlung in der Höhe von 8.750 bzw. 3.600 Euro netto als „freiwillige Abfertigung des Dienstgebers“. „Für uns war vor allem wichtig, dass letztendlich bestätigt wurde, dass Ansprüche nicht verfallen, sofern keine Lohnzettel oder Arbeitszeitaufzeichnungen vorliegen. Als Erstes erging ein Urteil, in dem der Beklagte schuldig gesprochen wurde, allerdings nur für den Anspruch von Überstundenbezahlung auf drei Monate. In der Folge wurde der von uns eingelegte Berufung vom Oberlandesgericht Innsbruck stattgegeben. Bevor es zu weiteren Verhandlungen kam, einigte man sich auf die Vergleichszahlung“, berichtet Bernhard Höfler, zuständiger Sekre-



tär der PRO-GE Tirol. Der Vergleich in dieser Höhe im Bereich der Landwirtschaft gilt in Tirol als Präzedenzfall und hat sich schnell herumgesprochen. Betroffene hätten nun weniger Angst, sich zu melden und ihre Ansprüche einzufordern.

## **Sezonieri-Kampagne ins Leben gerufen**

Aufgrund dieses und eines ähnlichen Vorfalles im Burgenland initiierte die PRO-GE zusammen mit AktivistInnen in der Landarbeit die ErntehelferInnenplattform [www.sezonieri.at](http://www.sezonieri.at), die über Arbeitszeit, Überstundenregelungen, Mindestlohn und vieles mehr informiert. Die Plattform vertritt LandarbeiterInnen notfalls auch vor Gericht. Im Jahr 2015 konnte die PRO-GE Burgenland insgesamt 24.000 Euro für 32 DienstnehmerInnen erwirken. „ErntehelferInnen sind aufgrund der besonderen Arbeitsbedingungen öfter der Gefahr von Ausbeutung ausgeliefert als andere Berufsgruppen. Die häufigsten Probleme sind Untermanagement – etwa Teilzeit statt Vollzeit –, fehlende Arbeitspapiere, massive Überstundenleistungen ohne Abgeltung“, berichtet Sonia Melo, Aktivistin und Koordinatorin der „Sezonieri-Kampagne für die Rechte von ErntehelferInnen in Österreich“. Viele ErntehelferInnen, die vor allem aus Bulgarien und Rumänien kommen, kennen ihre Rechte und Pflichten nicht, die Sprache stellt ein zusätzliches Problem dar. „Ich habe gedacht, drei Euro in der Stunde wären normal“, sagt Andrei Oancea, einer der Absamer Erntehelfer. Laut Kollektivvertrag steht ihnen zumindest ein Stundenlohn von 6,65 Euro brutto zu.





# Alles neu bei der Gewerkschaftsjugend

Die ÖGJ Burgenland hat eine neue Landesvorsitzende und einen neuen Landessekretär.  
Ihr Ziel: bessere Bedingungen für junge Menschen.



© ÖGJBurgenland

**JASMIN ZEILBAUER** kommt aus Forchtenstein und ist 23 Jahre alt. Derzeit absolviert sie eine Einzelhandelslehre mit Schwerpunkt Telekommunikation bei der A1 Telekom. Sie wurde bei der ÖGJ-Landeskonferenz zur neuen Vorsitzenden gewählt. „Bei der Mehrheit der burgenländischen Lehrlinge gibt es eine hohe Zufriedenheit in der Lehre. Ein Fünftel der Lehrlinge kämpft jedoch mit schlechten Bedingungen, hat große Probleme und spielt mit Abbruchgedanken. Für sie wollen wir uns

in Zukunft weiter einsetzen, damit sich auch bei ihnen eine Verbesserung der Lehrbedingungen einstellt“, erklärt Jasmin Zeilbauer.

## Schritt für Schritt

Verstärkung erhält sie dabei nicht nur von ihren beiden StellvertreterInnen Michael Huber und Patricia Neuwirth, sondern auch vom neuen ÖGJ-Landessekretär Kevin Sifkovits. Der 18-jährige gelernte Speditionskaufmann aus Ste-

gersbach löst Markus Melichar in dieser Funktion ab und hat sich viel vorgenommen. Sifkovits: „Ich weiß, dass Lehrlingspolitik eine Politik der kleinen Schritte ist, aber wir werden sie gehen. Wir fordern unter anderem die verpflichtende Weiterbildung für Ausbilder und treten für den Erhalt der Lehrwerkstätten ein, denn sie garantieren Ausbildungsplätze für unsere Jugendlichen.“ Während im Burgenland vor 20 Jahren noch rund 1.500 Betriebe Lehrlinge ausgebildet haben, waren es 2015 nur noch 780 Betriebe. Daher fordert die ÖGJ Burgenland einen verpflichtenden Ausbildungsfonds, in den jene Betriebe, die Lehrlinge ausbilden könnten, dies aber nicht tun, einzahlen. Jene Firmen, die Lehrlinge ausbilden, könnten davon profitieren.

Außerdem liegt dem Stegersbacher die Integration minderjähriger Flüchtlinge sehr am Herzen. Ein im Vorjahr gestartetes Projekt mit dem Arbeiter-Samariter-Bund und der Gewerkschaft vida will er als Jugendsekretär weiterführen. Sifkovits: „Ein nächstes Projekt könnte sein, den jungen Flüchtlingen unser Ausbildungssystem bzw. unsere Berufe vorzustellen und näherzubringen.“

## LEHRABSCHLUSS – DU KANNST WAS!



„Du kannst was!“ lautet der Name eines Projekts der burgenländischen Volkshochschulen, bei dem Menschen mit langer Berufserfahrung ihren Lehrabschluss nachholen können. Tischler Alfred und Bürokauffrau Nicole aus Jennersdorf waren unter den zwölf TeilnehmerInnen, die im April ihren Abschluss machen konnten. Mit ihnen ließen sich auch noch Restaurantfachkräfte, EinzelhändlerInnen, Metalller und Köche prüfen. Sie alle haben jetzt einen Gesellenbrief in der Hand und sind damit FacharbeiterInnen.

Wer Interesse hat, einen anerkannten Berufsabschluss zu erlangen, sollte fünf Jahre praktische Berufserfahrung haben und mindestens 22 Jahre alt sein. Im Herbst starten wieder neue Kurse.

Informationen gibt es unter der Hotline 0664/450 05 01 oder unter [www.dukannstwas-bgld.at](http://www.dukannstwas-bgld.at).



Im Herbst fangen viele Jugendliche mit der Lehrausbildung an. Die „Solidarität“ hat zusammengefasst, was sie dafür unbedingt wissen müssen.

Lehrstelle gefunden – und nun?

**Bartl:** Als Nächstes muss ein Lehrvertrag abgeschlossen werden. Bei Lehrlingen unter 18 Jahren müssen die Eltern diesem zustimmen. Der Lehrvertrag regelt zum Beispiel die Dauer der Lehrzeit und sollte daher genau gelesen werden. Darüber hinaus sollten sich die Jugendlichen über das Berufsbild ihres Lehrberufs informieren. Nur so können sie sicher sein, dass sie im Betrieb alles lernen, was sie für die Lehrabschlussprüfung am Ende der Lehre brauchen. Das Berufsbild gibt es bei der zuständigen Gewerkschaft.

Was steht Lehrlingen zu?

**Bartl:** Lehrlinge haben Anspruch auf die sogenannte Lehrlingsentschädigung inklusive Weihnachts- und Ur-

Welche Pflichten haben Lehrlinge?

**Bartl:** Sie müssen sich zum Beispiel bemühen, den Lehrberuf zu erlernen, und sie



## CHECKLISTE ZUM LEHRSTART

Stefan Bartl, ÖGB-Bundesjugendsekretär, über die Rechte von Lehrlingen.

laubsgeld sowie auf Urlaub und auf Freistellung für den Berufsschulbesuch. Wenn die Internatskosten höher sind als die Lehrlingsentschädigung, muss der/die Lehrberechtigte die Mehrkosten übernehmen. In manchen Kollektivverträgen ist die vollständige Übernahme der Internatskosten geregelt. Der Betrieb muss außerdem alle notwendigen Arbeitsmaterialien bereitstellen.

müssen den Arbeitgeber sofort informieren, wenn sie krank sind.

Können Lehrlinge einseitig gekündigt werden?

Während der ersten drei Monate (Probezeit) kann sowohl der Betrieb als auch der Lehrling das Ausbildungsverhältnis jederzeit einseitig auflösen. Wenn ein noch minderjähriger Lehrling den Lehrvertrag wäh-

rend der Probezeit auflösen möchte, braucht er dazu die Zustimmung der Eltern. Ansonsten kann der Betrieb in gewissen Fällen bei schwerwiegenden Pflichtverletzungen das Lehrverhältnis vorzeitig lösen. In dem Fall sollten sich die Jugendlichen an uns, die Gewerkschaftsjugend, wenden.

### INFORMATIONEN

Die Gewerkschaftsjugend hilft bei Fragen und Problemen in der Ausbildung oder im Beruf:  
[www.oegj.at](http://www.oegj.at)



## BUCHTIPP

### BLUT SCHMECKT WIE SALZIGE MARMELADE



Wie denkt ein fremdenfeindlicher Schlägertyp? Der tschechische Autor Jaroslav Rudiš konfrontiert uns mit einem Monolog von Vandam, der am Stadtrand von Prag lebt und sich für den letzten überlebenden römischen Soldaten der Schlacht im Teutoburger Wald hält. Er ist gewaltbereit, hat mit den Menschen abgerechnet, er sehnt sich nach dem Untergang: „Frieden ist nur eine Pause zwischen zwei Kriegen.“ Den Polizeidienst musste er verlassen, nun lackiert er Dächer und verbringt seine Freizeit im Wald oder in der Kneipe.

Wer ihm in die Quere kommt, bekommt die Nase gebrochen und muss „salzige Marmelade“ schmecken. Jaroslav Rudiš (im Interview mit Radio Bremen): „Ich hoffe, dass man diesen Schläger am Anfang richtig hasst, das Buch am liebsten nach 20 Seiten wegschmeißen

»MAN FINDET IMMER EINEN. EINEN, DER SICH RAUFEN WILL. EINEN, DEN MAN IN DIE MANGEL NEHMEN KANN. EINEN, DER PROBLEME MACHT. EINEN, DER WISSEN WILL, WIE DAS LEBEN LÄUFT. AM BESTEN POLIERST DU DEM DIE FRESSE, DER ES AUCH VERDIENT.«

will. Dass man aber an diesem Rhythmus, dieser Sprache hängen bleibt und dann plötzlich für diesen nicht besonders sympathischen Typen Sympathie empfindet. Und am Ende vielleicht sogar von ihm berührt ist.“

Jaroslav Rudiš: *Nationalstraße*. Deutsch von Eva Profousová. Luchterhand Literaturverlag, 15,50 Euro.

Bestellen:

[www.diefachbuchhandlung.at](http://www.diefachbuchhandlung.at)



# Gut gerüstet für die Zukunft

Zehn Regionalkonferenzen des ÖGB Niederösterreich fanden dieses Jahr statt.

**ALLE FÜNF JAHRE** finden den Statuten gemäß Regionalkonferenzen statt. An die 2.000 Delegierte kommen insgesamt zusammen, um nicht nur den jeweiligen Regionalvorstand zu wählen, sondern vor allem auch, um die drängenden politischen Themen der Zeit und der Region zu besprechen. Es geht dabei vordringlich um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land und wie diese am besten durch Mitbestimmung vertreten werden können. Diese regionale Verankerung des ÖGB ist eine ganz wichtige Grundsäule für unser Anliegen, nah bei den Menschen zu

sein und damit nah an den Problemen, die sie bewegen.

## Die Herausforderungen

Neben den sieben Gewerkschaften, die allesamt vertreten sind, sind es vor allem die vielen Tausenden BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen, die das Rückgrat des ÖGB bilden – das wurde auf den Regionalkonferenzen spürbar. Das betonte auch der ÖGB-NÖ-Vorsitzende Markus Wieser im Rahmen seiner Reden: „Auf den ÖGB kommen in den nächsten Jahren große Herausforderungen zu, diesen werden wir uns

stellen. Blicke ich auf zehn höchst aktive und bestens aufgestellte Regionen, dann weiß ich, dass wir diese nicht nur bewältigen, sondern auch weiterhin der wichtigste Antreiber der Interessen der ArbeitnehmerInnen sein werden. Die Lohnsteuerkampagne des ÖGB war dafür ein Beleg.“ Unterstützung dafür bekam er von ÖGB-Präsident Erich Foglar, der es sich nicht nehmen ließ, die eine oder andere Regionalkonferenz persönlich zu besuchen. „Niederösterreich ist hervorragend aufgestellt, und das ist für den gesamten ÖGB von großer Bedeutung“, so Foglar im Rahmen seiner Referate.



# KRANK VOM SCHICHTELN

*Eine neue Studie belegt: Schichtarbeit, unregelmäßige Arbeitszeiten und Überstunden können krank machen.*

**ÜBERALL IST DIE REDE** von „flexiblem Arbeiten“, Gleitzeit und Individualität. Was bei der Diskussion über die Vor- und Nachteile oft vergessen wird: Nicht alle haben Bürojobs, wo so etwas überhaupt möglich ist. In der Metallbranche oder der Elektroindustrie arbeitet fast ein Drittel in Schichten. Und eine aktuelle Studie zeigt: Das „Schichteln“ belastet die Gesundheit. Rund 30 Prozent beurteilen ihren allgemeinen Gesundheitszustand als mittelmäßig bis sehr schlecht.

Zum Vergleich: Bei Beschäftigten mit Gleitzeit sind das nur 14 Prozent. Schlafstörungen, Verdauungsstörungen sowie psychische Probleme (zum Beispiel chronische Müdigkeit oder Nervosität) sind verbreitete Folgen von Schichtarbeit. „Vor allem der Wechsel von Tag- und Nachtschichten ist gefährlich. Trotzdem haben Schichtarbeiter und Schichtarbeiterinnen nicht automatisch Anspruch auf

eine Schwerarbeitspension“, kritisiert Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB.

## Überstunden machen krank

Die Wahrscheinlichkeit, ihre Arbeit bis zur Pension weiter machen zu können, schätzen 20 Prozent mit wenig bis gar nicht wahrscheinlich ein. Noch schlechter bewerten ihre Chancen nur Beschäftigte mit schwankendem Stundenausmaß und mit permanenten Überstunden ein. Bei Letzteren handelt es sich vor allem um vollzeitbeschäftigte Männer: Von ihnen machen 78 Prozent jede Woche mindestens eine Überstunde. Jeder Vierte macht sogar Woche für Woche mindestens fünf Überstunden. Dass die Betroffenen darunter zu leiden haben, bestätigt nicht nur die erwähnte Studie, sondern auch der Österreichische Arbeitsgesundheitsmonitor. Wer ständig mehr als 40 Stunden arbeiten muss,

schätzt die gesundheitliche Verfassung schlechter ein als jene, die kürzer als 40 Wochenstunden arbeiten. Achitz: „Überstunden machen krank, das ist bewiesen. Deshalb müssen sie die Betriebe, die sie anordnen, teurer kommen. Ein Euro pro Überstunde, und das Überstundenausmaß würde zurückgehen, es gäbe mehr Arbeitsplätze, und außerdem käme Geld herein, das direkt in das Gesundheitssystem fließen müsste.“

## DIE STUDIE

2015 hat die Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) im Auftrag der AK Oberösterreich, Niederösterreich und Wien 2.000 ArbeitnehmerInnen zu ihren Arbeitsbedingungen befragt. Mehr Infos auf der Website der AK OÖ:

<https://goo.gl/JxFAQf>

Der Arbeitsgesundheitsmonitor:

[www.arbeitsklimaindex.at](http://www.arbeitsklimaindex.at)



**„Wer lesen kann,  
ist besser dran!“**

**Erich Foglar, ÖGB-Präsident**



**3. bis 9. Oktober 2016**

**[www.oesterreichliest.at](http://www.oesterreichliest.at)**

Gefördert vom

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH



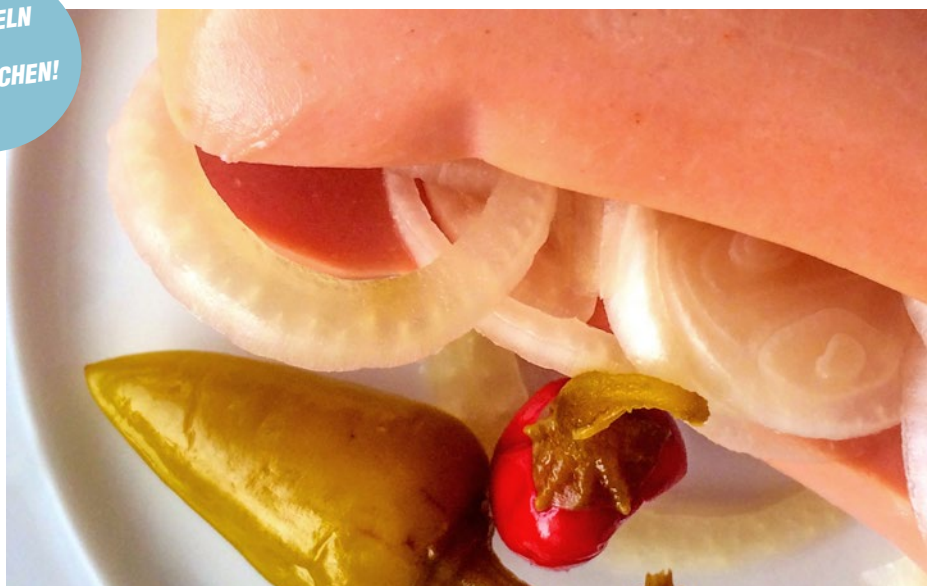
# Tschechische Wasserleichen

von Florian Kräftner

SAMMELN  
und  
NACHKOCHEN!

# 20

Juli 2016



© Foto: Florian Kräftner/Illu.: Isabelle Carthou

## Zutaten

- ▶ 0,5 Liter Wasser
- ▶ 0,4 Liter Essig (5 Prozent)
- ▶ 3 Teelöffel Zucker
- ▶ 1 Teelöffel Salz
- ▶ 3 Teelöffel Pfefferkörner
- ▶ 1 Teelöffel Pimentkörner
- ▶ 1 Lorbeerblatt
- ▶ 2 große Zwiebeln
- ▶ 1 Kilo špekáčky oder Knacker
- ▶ evtl. Senfkörner, Pfefferoni, Chilis ...

## Utopenec – Saure Wurst aus dem Einmachglas

Der tschechische Autor Jaroslav Rudiš (siehe Buchtipps Seite 17) empfiehlt das Verspeisen von Wasserleichen. Aber Entwarnung: Dafür muss man nicht am Moldauufer warten, bis ein Ertrunkener angespült wird. „Utopenec“, auf Deutsch: „Ertrunkener, Wasserleiche“, findet sich in so gut wie jedem böhmischen Bierlokal unter der Speisekartenrubrik „Etwas zum Bier“. Rudiš: „Das sind sauer eingelegte Würstchen, die man zum Bier verspeist, dann ist man am nächsten Tag nicht so verkater.“ Bei den Würstchen handelt es sich optimalerweise um špekáčky, Speckwürste mit hohem Fleischanteil, die weder Mehl noch Soja enthalten dürfen. Hierzulande hilft man sich mit Knackern.

Diese Wasserleichen sind gut haltbar, transportabel und kalt zu verspeisen, können also problemlos auch in die Arbeit oder zum sommerlichen Picknick

mitgenommen werden. Man braucht große, ausgekochte Gurkengläser, und dann beginnt man mit dem Sud, in dem die Leichen später ziehen werden. Dafür Wasser und Essig mit Salz, Zucker, Pfeffer, Piment und Lorbeer fünf Minuten auf kleiner Flamme köcheln lassen.

Inzwischen die Würste schälen, der Länge nach einschneiden. Die Zwiebeln in Ringe schneiden, die Würste mit ein paar Ringen füllen. Den Boden der Gläser mit Zwiebeln bedecken, dann die Würste hineinschichten. Zwischenräume mit Zwiebeln, Pfefferoni und nach Wunsch Senfkörnern und Chilis auffüllen. Mit der heißen Marinade bedecken. Gläser schließen und verkehrt herum aufstellen. Fünf Tage warten, dazwischen die Gläser immer wieder umdrehen. Wasserleichen mit Schwarzbrot und Bier servieren.







## BESUCH IN DER GEWERKSCHAFTSSCHULE



© ÖGB Niederösterreich

**DIE GEWERKSCHAFTSSCHULE** der Thermenregion Wienerwald bekam von ihrem Regionalsekretär Markus Wagner die Challenge, bis Jahresende 200 neue Mitglieder zu werben. Als Belohnung wurde ein Besuch von ÖGB-Präsident Erich Foglar in Aussicht gestellt. Prompt wurden in kürzester Zeit viele neue Mitglieder geworben. Obwohl die 200er-

Marke noch nicht ganz erreicht wurde, kam unser Präsident spontan vorbei und bedankte sich bei den TeilnehmerInnen des Lehrgangs für ihren Einsatz. Er versprach, bei Erreichen der 200er-Marke wiederzukommen. Die GewerkschaftsschülerInnen genossen die persönlichen Gespräche mit Erich Foglar und überreichten ihm auch ein kleines Geschenk.

## AUF BESUCH IM PARLAMENT



© ÖGB Burgenland

**DIE MITGLIEDER** des ÖGB-Regionalausschusses Neusiedl trafen sich im

Parlament in Wien, um gemeinsam mit Nationalrat Erwin Preiner Themen wie Arbeit und Soziales zu diskutieren. Preiner gab einen Einblick in das tägliche Geschehen im Parlament. Besichtigt wurde neben dem Plenarsaal auch der historische Sitzungssaal. „Es war eine tolle Möglichkeit, um direkt Kontakte im Parlament zu knüpfen, aber auch zu pflegen“, erklärt ÖGB-Regionalvorsitzender Erich Mauersics.

## ÖGB-KARTENSTELLE

### 40 JAHRE WIESEN



Seit 40 Jahren begeistern im Burgenland KünstlerInnen aus der ganzen Welt mit einem abwechslungsreichen Musikprogramm die FestivalbesucherInnen. Seit 2016 ist die Musikagentur ARCADIA Live für das Festival Wiesen verantwortlich. So führt heuer der Weg von Funk auch über Reggae, World Music, Rock, Punk, Drum and Bass, Electronic und Hip Hop. Zudem sorgen Neuerungen wie das luxuriöse Comfort Camping inkl. gratis WLAN, diverse Food-Trucks mit nationalen und internationalen Köstlichkeiten sowie ein gemütliches Wiesen Village mit vielfältigem Programm für ein sorgenloses Festivalerlebnis.

Zum Abschluss des Festival-Sommers erwartet die Besucher am 26. und 27. August 2016 das One Drop Festival mit u. a. Max Herre & Kahedi Radio Orchestra „MTV Unplugged Live“ feat. Afrob, Fetsum & Special Guests.

Für alle Veranstaltungen gibt es **25 % Ermäßigung** in der ÖGB-Kartenstelle: 01/534 44-39679

**Die „Solidarität“ verlost zwei Festivalpässe. Gewinnrätsel auf Seite 23.**

© Allegria

**ÜBERZEUGE JEMANDEN** aus deiner Familie, deinem Freundes- oder Bekanntenkreis, ÖGB-Mitglied zu werden, damit auch sie/er von den vielen Vorteilen profitieren kann.

# MITGLIEDER. GEWINNEN!

JE MEHR WIR SIND, DESTO MEHR ERREICHEN WIR!



Einfach auf [www.soli.at](http://www.soli.at) Mitglied werben  
Jetzt gibt es für alle WerberInnen zusätzlich die Möglichkeit, fünfmal 100-Euro-Thermengutscheine zu gewinnen!

**BEI FRAGEN ZU MITGLIEDERSCHAFT**, Anmeldung oder Gutscheine: [mitgliedwerden@oegb.at](mailto:mitgliedwerden@oegb.at) oder telefonisch unter + 43 (0)1/534 44-39100 (Mo bis Do von 8 bis 16.30, Fr von 8 bis 12 Uhr). Die Teilnahme am Gewinnspiel ist ausschließlich über das Anmeldeformular auf [www.soli.at](http://www.soli.at) möglich. Die GewinnerInnen werden schriftlich verständigt.







# BILDUNG VON KLEIN AN



## BERUFUNG:

## ELEMENTARPÄDAGOGIN/ -PÄDAGOGE

„Eine gute Portion Geduld und Ausdauer ist, neben der Liebe zu Kindern, die Grundvoraussetzung für ElementarpädagogInnen“, ist Alexander Hoba vom Kindergarten der Wiener Kinderfreunde im zweiten Wiener Gemeindebezirk überzeugt. „Bildung beginnt im Kindergarten“ steht auf einer Tafel am Eingang zum Kindergarten und weist gleich darauf hin, dass sich „der Kindergarten“ in

den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt hat. Die „Tante“, die mit den Kindern gespielt hat und bei der sie für einige Stunden des Tages „gut aufgehoben“ waren, ist Geschichte. Gefragt ist die Bildung zum selbstständigen Menschen. Und dafür bietet sich im Kindergarten eine breite Palette von Möglichkeiten. Die Kinder kommen meistens mit dem ersten Lebensjahr in den Kindergarten und sind „in der prägendsten Phase ihres Lebens“ von zu Hause weg. Eine enorme Herausforderung für die ElementarpädagogInnen. Hoba nennt

ein einfaches Beispiel: Nach dem Mittagessen bringt jedes Kind sein Geschirr zurück und der Tisch wird gemeinsam sauber gemacht. Vom Kleinkindalter bis hin zum Übergang in die Volksschule ändert sich die „Bildung für das Leben“. In dieser Zeit wird auch zusätzlicher Sprachunterricht angeboten. In vielen Kindergärten kommt aktuell eine große Chance durch unterschiedliche Kulturen dazu. „Die kulturelle Vielfalt wollen wir auch in unserem Kindergarten erhalten und pflegen. Das gehört für uns zu ‚Bildung für das Leben‘“, meint Hoba.

© Sebastian Philipp

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür  
/   
Postleitzahl Ort

Besten Dank